

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Verlagspreis: Einzelnummer 25 Pf. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.  
Verlagskonto Nr. 23 885. „Sozialistischer Verlag z.B.m.S.G.“ Breslau.  
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Mittwoch, den 7. September 1921

Anzeigenpreis: Die halbkolorierte Millimeterzeile über deren Raum 0,90 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsanzeigen, Familienanzeigen, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile halbkoloriert über deren Raum im Text 8.— Mk.

## Wieder Komödie oder ernsthafte Sicherung?

Ueber das, was die millionenköpfigen Massen der Arbeiter, Angestellten, Beamten usw., die am Mittwoch aufmarschiert sind, wollen, kann kein Zweifel sein. Sie wollen Schluß machen mit der monarchistischen Reaktion. Sie verlangen, daß ihre illegalen und halblegalen Organisationen nicht nur von der öffentlichen Bildfläche verschwinden, sondern, daß sie mit der Wurzel ausgerottet werden. Sie verlangen weiter, daß die monarchistischen Elemente im Staatsapparat, in der Reichswehr, in der Schupo, in Justiz und Verwaltung, zum Teufel gejagt werden. Sie verlangen die Freilassung der revolutionären Arbeiter, die im Gefängnis schmachten, während die monarchistischen Mörder und ihre Hintermänner frei herumspazieren. Sie verlangen, daß dem Kavallerieregiment in Bayern die Zähne ausgebrochen werden.

Das ist es, was in tausend Plakaten und tausend Gesprächen des arbeitenden Volkes zum Ausdruck kommt. Was ist bis heute geschehen, um den Volkswillen zu verwirklichen? Was geht vor?

Zählen wir trocken die Tatsachen der paar letzten Tage auf. Die Regierung Wirth-Gradnauer hat den kleinen Belagerungszustand verflüchtigt. Die Handhabung hat sie — der Polizei anvertraut. Erste Komödie. Ein Duzend der kleineren der „völkischen“ Gehörgänge sind auf kurze Zeit verboten. Von den großen Gehörgängen hat man sich gerade nur den Scherischen „Tag“ und „Sozialanzeiger“ herausgegriffen. Nach einem Tag Verbot erscheinen sie wieder. Der Reichsverband der deutschen Presse, die Interessenvertretung des deutschen Verlegerkapitals hat sich dahintergestellt, andere Schwerindustrielle und Schwerfinanzleute haben Sutturs geleistet. Der „Tag“ und der „Sozialanzeiger“ erscheinen wieder im Triumph. Erstes Rückzug Gradnauers.

Uniformtragen wird nun verboten denen, die das nicht von Amts wegen tun. Heute: amtliche Erlaubnis zum Tragen der Uniformen bei Zeichenbegängnissen. Zweites Rückzug.

Bayern — die Regierung Wirth „verhandelt“ mit der Kavallerieregierung, deren Berliner Gesandter frisch und fröhlich die Ausdehnung des bayerischen Ausnahmezustandes auf das Reich verlangt. Der Herr erinnert bei der Gelegenheit den hohen Reichstag ironisch daran, daß die Reichstagsmehrheit selber am 28. Juli die Aufhebung des bayerischen Ausnahmezustandes abgelehnt habe. Das ist schon kein Rückzug mehr, das heißt von vorn herein auf den Angriff verzichtet.

Dazu die Rehrseite der Medaille: Arbeiter, die Gedankfeiern in Strauß-Kummelsburg verhindern wollen, werden von den „Völkischen“ mit Gewehrfeuer empfangen. In Chemnitz macht sich die Arbeiterschaft auf, um ebenfalls die verbotenen Gedankfeiern zu verhindern. Der Arbeiter Gareis wird dabei niedergeschossen. In Bremen demonstrieren, als wäre nichts geschehen, die Nationalisten. Die bremische Regierung läßt Sipo, Polizei und Panzerwagen gegen die Arbeiter auffahren, die den Herrschaften in die Parade fahren wollen.

So führt die Reichsregierung, so führt die „bürgerliche Demokratie“ den „Kampf gegen die Reaktion“. Ist es zwiefel gesagt, wenn die Arbeiter das eine Komödie heißen, ist es etwas anderes, als die Wiederholung der Komödie nach den Kapp-Tagen?

Aber es kommt noch besser. Die Strejemann, die Dr. Rahl, die Häupter der schwerindustriellen Deutschen Volkspartei, in deren Reihen die meisten der geldgebenden Hintermänner der monarchistischen Organisationen zu finden sein dürften, erklären plötzlich, daß sie bereit sind, auf dem Boden der Republik zu arbeiten. Eine parteiamtliche Erklärung fügt indes hinzu, die grundsätzliche Auffassung der Partei (d. h. die monarchistische) habe sich nicht geändert, die Partei lehne jedoch eine gewalttätige Lösung der Verfassungsfrage ab. In Preußen verhandeln Reiner, Ebert und Stegerwald über die Erweiterung der preussischen Regierung — auch nach rechts. Der Admiral Scheer erläßt einen Aufruf an die Jugend, mit der Verfassung zu arbeiten, ja, sie zu verteidigen.

Und im „Ueberwachungsausschuß“ des Reichstages läßt sich der Reichskanzler Wirth selbst vernehmen, er wünsche keine Einstellung „die Proletariat, die Bürger“, aber wenn es dazu komme, so möchte er keinen Zweifel daran lassen, daß er auf der Seite des Proletariats stehe.

Was wird da gespielt? Die deutschen Arbeiter kennen das Stück aus den Novembertagen 1918 und aus den Kapp-Tagen. Es ist eine Verwandlungskomödie. Demokraten werden plötzlich „Proletariat“ und eingeseifigte Monarchisten werden „demokratische Republikaner“. Der Zweck der Komödie dürfte allmählich der deutschen Arbeiterschaft klar geworden sein. Es gilt wieder einmal die Arbeiterschaft zu pressen. Die Herren von der schweren Industrie, von der Finanz und vom Grundbesitz zusammen mit den Demokraten werden

## Proletarische Ueberwachungsausschüsse

Was wird gespielt in den Tagen, seitdem die Arbeiterschaft wieder in die Betriebe zurückgekehrt sind? Wie führt die Regierung Wirth-Gradnauer den „Kampf gegen die Reaktion“? Die Polizeibehörden mit monarchistischen Spitzen führen im Namen der Wirth-Gradnauer den Kampf gegen die Monarchistenfront. Die Ergebnisse sind: Ein Duzend kleiner „völkischer“ Blätter für kurze Zeit verboten, die großen monarchistischen Gehörgänge werden nicht angeührt. Am ersten Tag Verbot des Uniformtragens, am zweiten Erlaubnis der Uniform bei Begräbnissen. Mit der bayerischen Kavallerieregierung sanfte Verhandlungen. Die monarchistischen Reichswehr- oder Schupooffiziere, die monarchistischen Richter, Staatsanwälte oder Verwaltungsbeamten — sie sind alle noch vollzählig da, die große „Säuberung“ ist nicht einmal angeklagt. Die Kapp-Gesellen sind alle noch frei, die revolutionären Arbeiter sitzen alle noch fest.

Auf der anderen Seite: Proletarierleihen und Bettwände in Potsdam, in München, in Chemnitz (der Arbeiter Gareis) in Strauß-Kummelsburg, in Bremen. Die Kommunistische Zeitung von verboten worden. So arbeitet der „keine Belagerungszustand“ in der Hand der monarchistisch durchgeführten Staatsmaschine!

Schon ist Tatsache, was wir Kommunisten am ersten Tag sagten: der keine Belagerungszustand wird sich in der Hand dieser Regierung im Handumdrehen gegen die Arbeiterschaft richten. Die „Deutsche Volkspartei“, die Partei der Schwerindustriellen, die Partei mit monarchistischem Grundsatze tritt wieder einmal „auf den Boden der Republik“, bereitet den Boden für ihren Eintritt in die preussische und die Reichsregierung.

Was wird also gespielt? Die Komödie der Novembertage 1918 und der Tage nach dem Kapp-Putsch soll sich wiederholen. Herr Stresemann macht sich bereit, um mit den Herren Wirth-Gradnauer, den Hohenzollern-Offizieren in Reichswehr und Schupo, den außerordentlichen Richtern und Staatsanwälten die Republik zu retten die Monarchistenfront niederzukämpfen und die Staatsämter von Monarchisten zu reinigen.

Nur ein Mittel ist da, um zu verhindern, daß zum drittenmal die werktätigen Massen gebrückt werden, daß ihr klarer Wille zur Wirklichkeit wird: Ueberwachungsausschüsse der gesamten werktätigen Bevölkerung, der Arbeiter, Angestellten, Beamten, der armen Bauern und Tagelöhner, Ueberwachung der Monarchisten, zur Durchführung des Massenwillens, zur Ausschließung der Monarchisten, zur Reinigung aller Behörden, der Reichswehr und Schupo von Monarchisten, zur Auflösung und Entwaffnung der monarchistischen Organisationen, zur Sicherung aller Werktätigen vor Ueberwachungsausschüssen, an jedem Ort, in jedem Bezirk, schließlich für das Reich. Nur von unten her, durch stets wachsame und aktionsfähige Kontrollorgane der werktätigen Masse kann der konterrevolutionäre Gefahr begegnet werden.

Die Reaktion ist auf Provokationen aus. Die Arbeiterschaft darf sich nicht provozieren lassen. Die Einheit der proletarischen Aktion muß in strenger Disziplin erhalten werden. An der Hand der täglichen Ereignisse sollen die Kommunisten täglich in allen Betrieben die gesamte Arbeiterschaft nachdrücklich und intensiv über die Lage aufklären, sie veranlassen, Stellung zu nehmen, und dafür vertreten, und die im engsten Zusammenhang mit ihnen dafür sorgen, daß Ernst gemacht wird mit dem Kampf gegen die Reaktion!

den Willen der Arbeiterschaft vollstrecken — so wie sie es verstehen, natürlich. Und sie verstehen es so, daß der Prolet wieder abtritt von der öffentlichen Bühne, sich beruhigt schlafen legt, während die Herren die Gegenrevolution niederringen — dies: den monarchistisch durchgeführten Staatsapparat des Staates, die monarchistischen Offiziere, Richter, Staatsanwälte, hohen Verwaltungsbeamten usw. unter allerlei Scheinwänden mit der Kartenspieltische und heuchlerischen Versicherungen wieder retten. Das ist's, was wieder gespielt werden soll.

Soll die Komödie abermals gelingen? Die werktätigen Massen haben es in der Hand, diese Komödie zu durchkreuzen. Sie ist nur möglich, wenn die Arbeiter das wiederholen, was nach den Kapptagen geschah: daß sie nach einem kurzen heldenmütigen Anlauf von der Bildfläche verschwinden und den Herren vom Kapital, der hohen Bürokratie und dem Junkertum das Feld wieder überlassen. Die Stärke des bürgerlich-kapitalistisch-bürokratischen Staatsapparates ist: daß er immer aktionsbereit, immer da ist. Das werktätige Volk muß das selbe tun. Es muß sich hauernde, stets aktionsbereite Organe schaffen, die ständig den Gegner überjagen, die für die Durchführung des Volkswillens monarchistischen Elementen, die Auflösung der konterrevolutionären Organisationen überwachen und durchsetzen. Solche Ueberwachungsausschüsse muß das arbeitende Volk, müssen Arbeiter, Angestellte, Beamte, die kleinen Leute im Dorf, sich sofort schaffen. Sie sollen für jeden Ort, Bezirk und schließlich für das Reich das ganze werktätige Volk zusammenfassen, ohne Unterschied der Partei- oder der Organisationszugehörigkeit.

Wenn das nicht geschieht, so ist eine neue Fresserei des arbeitenden Volkes, eine Neuauflage der Komödie des November 1918 und der Märztag 1919 so sicher wie das Amen in der Kirche.

Dafür gilt es, an der Hand der Tatsachen von gestern und heute die breitesten Massen zu mobilisieren.

Wir haben nichts gegen die Bilderhürerei, deren die sozialdemokratische Presse sich annimmt. Aber es genügt wirklich nicht, die toten Hohenzollernbüsten und -bilder aus den Amtsstuben zu entfernen, und die lebendigen Hohenzollernköpfe dort zu lassen, selbst wenn sie plötzlich bei den schwarz-rot-goldenen Fahnen schwören.

Was wir Kommunisten hier vorschlagen, ist nichts in sich selbst,

als die nächstliegende praktische Folgerung aus den Tatsachen, die jeder Arbeiter sieht, die selbst Unabhängige, Reichheitssozialisten, ja Demokraten gezwungen sind, festzustellen.

Unmittelbar unter dem Eindruck der Ermordung Grabergers mußte selbst die sozialdemokratische Presse feststellen, daß nur schwacher Verlaß darauf ist, daß die Organe der demokratischen Republik den Kampf gegen die monarchistische Mordorganisation energisch führen.

Im Ueberwachungsausschuß des Reichstages jagte am 3. September der Unabhängige Dittmann:

„Die Reichsregierung kann sich nicht verlassen auf die Reichswehr, auf die Bürokratie und die Justizbeamten. Sie sind Reaktionen und Monarchisten. Die einzige Stütze der Regierung gegen die Reaktion ist das Proletariat, das heißt alle Arbeiter und Angestellten.“

Wir setzen hinzu: auch ein guter Teil der unteren Beamtenschaft, und der kleinen Leute auf dem Lande. Und in der demokratischen Presse schildert der bürgerliche Demokrat Oswald Nibel sehr anschaulich, wie in seinem Wahlkreis Frankfurt an der Oder — Grenzmark die Ueberwachungsausschüsse des größten Teils der amülichen Verwaltungsbürokratie zu einer waffenstarken Reaktionshochburg gemacht worden ist.

Aus diesen Tatsachen gilt es die praktischen Folgerungen zu ziehen. Sie liegen auf der Hand.

Wenn der Beamtenapparat der bürgerlichen Republik, wenn ihre Reichswehr, wenn die Schupo in den höchsten Spitzen bis teilweise in die Mitte herunter monarchistisch durchdrungen sind, so kann die Säuberung nicht von oben, sondern nur von unten her geschehen, nicht durch Paragraphen, denen die zu säubrenden Herrschaften eine Rase drehen, sondern nur durch die Kontrollorgane der werktätigen Masse, durch seine Ueberwachungsausschüsse.

Alle die, die im Ernst mit den konterrevolutionären Elementen in der Verwaltung, in der Justiz, im Heer, in der Schupo aufräumen wollen, müssen das wollen, weil es nur so praktisch möglich ist.

Die es nicht wollen, würden damit nur zeigen, daß es ihnen nicht ernst ist, oder daß sie nichts gelernt haben aus zweieinhalb hineren Jahren.

Die Ueberwachungsausschüsse des arbeitenden Volkes müssen von ihm geschaffen werden. Finden sie die Anerkennung von oben, so ist's gut, finden sie sie nicht, so brauchen sie sich darüber keine grauen Haare wachsen lassen. Sie sind eine notwendige Maßregel der Selbsttätigkeit des arbeitenden Volkes und tragen daher ihre Rechtfertigung in sich selbst.

# Rückzug auf der ganzen Linie!

## Der Sieg Bayerns im Ueberwachungsausschuss.

Das Charakteristische der Sonnabend-Verhandlungen des Ueberwachungs-Ausschusses ist, daß der Reichsminister erklärte, daß der Belagerungszustand in Bayern nicht auf Grund der Forderung des Reichsausschusses durch den Reichspräsidenten aufgehoben, sondern daß die Reichsregierung durch Verhandlungen und Konzessionen zur Aufhebung bewegen werden soll.

### Bayern bleibt Krumpfl!

Die monarchistisch-reaktionären Elemente schreiben der Reichsregierung ihr Scheitern vor. Entweder bequemt sich die Reichsregierung, die Ausführungsbestimmungen zur Verordnung des Reichspräsidenten so zu formulieren, daß die Reichsregierung nicht nach wie vor nach gutem Willen Arbeiterpartei und insbesondere Kommunisten drangsaliert, ihre Presse verbietet, das Koalitionsrecht aufhebt, ihre Vorkämpfer in die Gefängnisse und Zuchthäuser wirft, oder der Belagerungszustand bleibt bestehen.

Der Reichsminister forderte den Ausschuss auf, am Sonnabend keine Beschlüsse zu fassen, sondern das Resultat der Verhandlungen mit der Bayerischen Regierung abzuwarten. Er forderte also den Ausschuss auf, sich ebenfalls der bayerischen Konterrevolution zu unterwerfen und der Ausschuss tat dies. Er fasste einen Beschluss, sich bis zum 9. September zu verhalten, nachdem vorher noch der bayerische Gesandte von Preger und der deutschnationale Dietrich für eine längere Vertagung sprachen. Nur unser Genosse Dr. Herzfeld erklärte sich gegen die Vertagung und verlangte sofortige Abstimmung. Nachdem sich vorher auch sämtliche Parteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen Partei grundsätzlich für die Aufhebung des Belagerungszustandes erklärt hatten, stimmte auch die USB gegen die sofortige Vornahme der Abstimmung. Ihr Vertreter, Dittmann, beantragte, dem Wunsch des Reichsministers und der bayerischen Regierung nachzukommen, und heute keine Beschlüsse zu fassen.

Genosse Herzfeld wies darauf hin, daß dies politisch die Unterwerfung der Regierung und des Reichstages unter die Reichsregierung bedeute und danach nur eine Schein-aufhebung des Belagerungszustandes die Folge der Verhandlungen sein könne. Er wies auch die staatsrichterlichen Ausführungen von der Unzuständigkeit des Ueberwachungsausschusses zurück. Er sagte dem Reichsminister, daß seine Schwäche gegen Bayern nach den Erfahrungen der Vergangenheit nicht nur eine politische Unklarheit, sondern auch Unterwerfung und Stärkung der konterrevolutionären Bestrebungen bedeute. Auch mit der Verfassung sei kein Vorgehen nicht vereinbar. Nachdem der Reichspräsident durch seine Verordnung den kleinen Belagerungszustand für ganz Deutschland erklärt hatte, sei kein Raum mehr für einen landesrechtlichen Belagerungszustand. Derselbe falle mit der Erklärung des Reichs. Die Verhängung des Belagerungszustandes sei Reichssache. Unser Redner wies auch nochmals darauf hin, daß dieser kleine Belagerungszustand in den Händen der reaktionären Verwaltung und richterlichen Beamten alsbald eine Waffe gegen die Arbeiterklasse werde. Es komme deshalb darauf an, diese Beamten zu entfernen.

Die Kommunisten verlangten Aufhebung jedes Belagerungszustandes. Der Reichsjustizminister Schiffer hatte vorher auf eine Anfrage erklärt, daß die Begnadigungen nach dem Reichstagsbeschluss vom 4. Juli 1921 auf Grund der Prüfung der Sonderheiten jedes einzelnen Falles durch einen Richter, einen Staatsanwalt und einen Rechtsanwalt erfolgen, und daß der Reichspräsident bisher, abgesehen von wenigen Fällen, deren Vorschlägen gefolgt sei.

In einer Anzahl von Fällen sei die Umwandlung der Zuchthausstrafen in Gefängnisstrafen erfolgt, weil das Strafgesetzbuch selbst bei Verurteilungen wegen Hochverrats bestimmte, daß Zuchthaus nur verhängt werden soll, wenn die Handlung aus ehelichen Motiven erfolgt sei. Die Zuchthausrichtern selbst hatten daraus hingewiesen, daß man zunächst, aufständische junge Leute wegen einer politischen Straftat nicht mit Verbrechern und Würdenträgern zusammenwerfen soll! Die Begnadigung von Holz hätte man nie erzwungen. Der sozialdemokratische Korrespondent Meerfeld verurteilte die Besprechungen dieser Ausführungen des Reichsjustizministers als nicht zur Logeordnung gehörig.

## Helferich, Satz und Compagnie.

Im Sonnabend mittig wurde in München der Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei mit den üblichen Hochrufen auf Kaiser und Reich geschlossen. Der bayerische Ministerpräsident v. Satz jahte an den Parteitag folgendes Telegramm:

„Wie der in deutscher Volk herrschende Feindesgeist Deutschland den schweren Kampf, den es zur Zeit gegen wirtschaftliche Bedrohungen und Not zu führen hat, zum Heil und Sieg beschleunigt.“

Bei der Schanzler (die bekanntlich vorher waren!) sprach auch Staatsminister a. D. Dr. Helferich. Er sagte:

„In Berlin ist eine Regierung, die ein Verbot zum Aufzug nimmt, um gegen alles zu widerstehen, was deutschen Staat und Reich bedroht. Die Volkspartei hat sich dem Widerstand widersetzt. Wo ist in Deutschland eine Volkspartei? Nur in Bayern. Dieser Volkspartei werden wir es danken, daß heute Lande von Frankreich und Österreich die Schanzler heißen können. Niemand habe sich es folgen zu lassen als ein heiliger Wunsch, daß in Bayern ein Reich sei.“

Diese Reden mögen genügen, um zu zeigen, daß in Bayern die schwärzeste Reaktion Krumpfl ist. Hier gibt es nur ein Mittel: mit eisernem Besen anschieben!

Die Arbeiterpartei müssen in gemeinsamer Aktion Fortschritte setzen, wie dies die Kommunisten schon getan haben.

## Die Oberverordnung wird gegen die Arbeiterpartei angewandt.

Was wir bei Verhängung der Verordnung des Reichspräsidenten vom 2. August vorausgesetzt haben, ist eingetroffen: diese Verordnung wird in den Händen der reaktionären Verwaltungsbeamten zum Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, insbesondere gegen die Kommunisten, angewandt. In der Provinz Sachsen, dem Herrschaftsgebiet des Ober-

präsidenten Hörsing, ist der Anfang gemacht mit der Unterdrückung der kommunistischen Presse.

Unser halbeschees Parteiblatt, die „Tribüne“, erhielt vom halbeschen Polizeipräsidenten am 2. September folgendes Schreiben:

Polizei-Verwaltung Halle a. d. S. An die „Tribüne“ Halle a. d. Saale. In Nr. 95 der „Tribüne“ vom 2. September 1921 bringen Sie zwei Artikel mit der Überschrift: „Die Konterrevolution auf dem Sprunge“ und „Von Diebstahl bis Erbeuger“ zum Ausdruck, deren Inhalt gegen die Bestimmungen des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 29. August 1921 verstoßt.

Der erste genannte Artikel enthält unwahre Angaben über Zusammensetzung von Kräften der Schutzpolizei mit dem vorbereitenden Zweck, die Republik von rechts zu stützen und fordert zum Kampfe auf.

Der zweite Artikel trägt von Beschimpfungen der Regierung, verächtlich und beleidigt verfassungsmäßige Organe und Einrichtungen des Staates, wodurch sie verächtlich gemacht werden.

Beide Artikel sind geeignet, den inneren Frieden des Reiches zu gefährden. Demzufolge wird die periodische Druckschrift „Die Tribüne“ auf Grund des § 1 der Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 29. August 1921 in Verbindung mit Biffer 1 der in der Verordnung erlassenen Ausführungsbestimmungen des Herrn Reichspräsidenten auf die Dauer von 14 Tagen verboten.

Das Verbot gilt für das ganze Reichsgebiet und umfasst jede neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt. (Absch. 3, a. a. O. S. 114.)

Wir glauben gern, daß dem Orgesch-Döll die Enthüllungen der „Tribüne“ über die Zusammensetzung der Orgesch im Ohrdruffer Lager unangenehm sind. Bezeichnend für die Frechheit der höheren Beamten ist es jedoch, wenn zur Begründung des Verbots folgender Satz herangezogen wird:

„Es gilt jetzt nicht mehr den Mund zu halten, es muß gepöfien — gekämpft werden zur Verteidigung der Republik!“

Was sagen die Sozialdemokraten zu diesen Dreistigkeiten ihrer Freunde? Wir sind gewiß, daß nicht nur innerhalb der kommunistischen, sondern bis weit in die Kreise der unabhängigen und sozialdemokratischen Arbeiter hinein gerechte Empörung über diese Schandtat herrscht.

Es nützt jedoch nichts, wenn sich die Arbeiter in Resolutionen und Demonstrationen gegen das reaktionäre Regime wenden. Sie müssen eine politische Machterweiterung erkämpfen! Die einzige reale Garantie gegen die konterrevolutionären Vorstöße der monarchistischen Spitze sind Ausschüsse aus Vertretern der Arbeiterpartei und Gewerkschaften, die den Verwaltungsapparat zu überwachen haben. Nur dann kann die Arbeiterpartei weiter vordringen, wenn sie hinter ihrer Front keine Feinde mehr hat.

## Die deutschnationale Hochpresse erscheint weiter.

Der „Halbeschen Zeitung“, einem deutschnationalen Heftblatt gemeinlicher Sorte, ist auf ihre Vorstellungen beim Minister die Genehmigung zum Wiedererscheinern erteilt worden.

## Wie Sozialdemokrat Gradnauer die Oberverordnung anwendet.

Frankfurt, 4. September. Gestern abend ging beim Verlag des „Kommunist“ folgendes Telegramm ein:

„Ich verbiete den „Kommunist“ wegen seines Zeitartikels vom 31. August, der eine schwere Beschimpfung des Reichspräsidenten enthält, für die Zeit vom 5. bis 18. September. Der Reichsminister des Innern. Gradnauer.“

## Die Demonstrationen für Sowjetrußland in Danzig verboten.

Danzig, 3. September.

Der Danziger Senat hat die Versammlung für die Hilfsaktion, die unter freiem Himmel hätte stattfinden sollen, ebenso wie die Demonstration für Sowjetrußland verboten mit der Begründung, daß die Kolonialgefahr besteht, da gleichzeitig die bürgerliche Jugendparteiwohle stattfinden.

Diese neue Unberücksichtigung des Danziger Senats übersteigt noch sein bisheriges provokatorisches Vorgehen. Daß diese Herrschaften allen Grund haben, die zu erwartenden Massenaufläufe der Arbeiterpartei zu hintertreiben, ist klar. Daß sie sich aber erlauben, als Vorwand für das Verbot der von ihnen geleiteten Demonstration die Kolonialgefahr mit den deutschnationalen Gymnasialisten der Jugendparteiwohle anzugeben, schlägt den Arbeitern ins Gesicht. Der Massenauflauf von zehntausenden Arbeitenden, die für das schwerverdrängte Sowjetrußland auf die Straße gehen, wird nicht unterbleiben, an der Disziplin der proletarischen Massen Danzigs werden alle Provokationen abprallen.

## Nach in Köln wird die Hauptabteilung verboten.

Der Polizeipräsident von Köln hat den öffentlichen Antritt für die Hauptabteilung am 3. und 4. September verboten. Das Kölner Polizeibüro wird ihn darüber berichten, daß es sich durch denartig reaktionäre Polizeibehörden nicht daran lassen will, bei jeder Gelegenheit und mit doppelter Energie ihre Solidarität mit den kampfenden Massen zu bekunden.

## Die Solinger Arbeiter von der Landespolizei mit Handgranaten beworfen.

Solung, 3. September.

Auf dem Schloßplatz fand nachmittags eine von den sozialistischen Parteien einberufene Versammlung als Kundgebung für die Republik und als Protest gegen Erzbischofs Ernennung statt. Nach Ende der Fiktion hörte man in den Straßen Schüsse und Handgranatendetonationen. An den Eingängen der Straßen nach dem Schloßplatz kam es zu Zusammenstößen mit der grünen Landespolizei, die während der Versammlung kriegsmäßig die Straßen mit Drahtstacheln gesperrt hielt. Dazu Handgranaten wurden einige Personen, darunter auch zwei Kinder, verletzt. Die Versammlung war trotz des Handgranatenschlages beständig geschwächt worden. Der Demonstrationszug war jedoch von dem Stadtkommandanten verboten worden.

# Gegen Orgeschmörder schützt nur der Selbstschutz des Proletariats.

Die konterrevolutionäre Mördergesellschaft begeht täglich neue Blutschand an Proletariern. Die Regierung hat verküffelt: Orgesch-Konterrevolutionen dürfen nicht mehr stattfinden. Sie hat versagt, aber die Comorra des Stahlhelms und des Eisenturms läßt sich durch papierne Verfügungen durchaus nicht ins Bodstorn jagen, sie weiß, daß sie den Schein nicht zu fürchten braucht. Heberall organisiert sie weiter ihre Zusammenkünfte, und wenn das wachsame Proletariat die Comorradensammlungen zu stören versucht, dann wird auf Proletarier geschossen. Denn die Konterrevolution ist bewaffnet.

In Al-Stralau sind sieben Proletarier durch die Mördergesellschaft niedergeschossen worden. Ein Augenzeuge berichtet uns noch über den Vorfall, daß die „Zedaneier“ von der Deutschen Volkspartei als Geburtsstagsfeier angemeldet war. Die Stralauer Arbeiterpartei, die über den wahren Charakter dieser Zusammenkunft halb unterrichtet war, sammelte sich vor dem Lokal und hörte Neben, die in dem Ruße „Nieder mit der roten Republik“ ausklangen. Eine große Anzahl junger Arbeiter mit dem Abzeichen des Berliner Selbstschutzes probolzierten. Als die Arbeiter den Saal betraten, wurden sie sofort mit Revolverkugeln empfangen. Heber 300 Schüsse wurden von den Orgeschbanditen abgegeben.

Ein Sanitäter, der den Verletzten Verbände anzulegen wollte, wurde von einem der Eisenturmer durch die Brust geschossen.

Die Behörden haben natürlich, um die erregte Berliner Arbeiterpartei zu beruhigen, eine Untersuchung angekündigt. Untersuchung — wir kennen das, den Orgeschbanditen wird keine Strafe werden. Der Konterrevolution werden durch „Untersuchungen“ und durch alle papierne Verfügungen keine Schranken auferlegt, die Regierung ist nicht so sehr gewillt und ohne die Arbeiterpartei nicht imstande, der Mördergesellschaft das Handwerk zu legen, denn gerade sie hat dafür gesorgt, daß die Drahten auszuweichen konnte. Gerade die Regierungen und ihre Handlanger waren es, die der Konterrevolution systematisch die Waffen in die Hände spielten, während auf der andern Seite mit ebensolcher Systematik das Proletariat niedergeschlagen und entwaffnet wurde.

Heute ist nur eines imstande, die bewaffnete Reaktion niederzukämpfen: das bewaffnete Proletariat. Das Proletariat darf nicht vertrauen, nicht eine Stunde den papiernen Erlassen und leeren Versprechungen der Regierung. Ultimativ muß die Arbeiterpartei fordern die Entwaffnung der Konterrevolution und die Garantien dafür: Bildung des bewaffneten Selbstschutzes der schaffenden Massen.

(M.B.) Berlin, den 3. September 1921.

Die polizeilichen Feststellungen über den blutigen Zusammenstoß bei der von der Deutschen Volkspartei am Freitag, den 2. September, veranstalteten Feier im Lokal „Schwanenberg“ in Stralau sind noch nicht abgeschlossen. Bisher steht nur folgendes fest:

Es handelt sich um eine von der Polizei nicht verbundene Feier in einem großen Saal. Als ein Aufgebot von ungefähr 150 jungen Leuten, die offenbar der linksradikalen Richtung angehören, die Feier gewaltsam zu stören (!) versuchten, gaben mehrere der versammelten Teilnehmer aus mitgebrachten Revolvern Schüsse auf die Eisenturmer ab. Offenbar hatten die Versammlungsteilnehmer von vornherein mit Störungen ihrer Feier gerechnet und sich aus diesem Grunde Waffen mitgebracht. Es wurden insgesamt 15 Personen verletzt. Die Polizei beschlagnahmte bei den Festgenommenen fünf Schwerlabepistolen, zwei Trommelrevolver, drei Gummiknöpfe, drei Totschläger, zwei Schlagringe und ein Dolchmesser. Die weitere Untersuchung des Vorfalls durch die Abteilung Ia des Polizeipräsidenten Berlin ist im Gange.

## Gegen die Frechheit der Reaktion.

(M.B.) Magdeburg, 1. September.

Die Pressestelle des Oberpräsidiums teilt mit: In Neuhaldensleben sollen von den Rechtsparteien große schwarz-weiß-rot umranderte Plakate mit dem Aufdruck: „Es lebe die Monarchie!“ angeschlagen worden sein. Der Arbeiter bemächtigte sich eine große Erregung, sie brangen in die Häuser ein, holten die Führer der Rechtsparteien heraus und zogen sie durch die Straßen, wo sie vom Publikum bescholten wurden. Nach Meldungen des Bürgermeisters sind Verletzungen und Verbundungen nicht vorgekommen. Schutzpolizei von Magdeburg ist nach Neuhaldensleben unterwegs. Nähere Einzelheiten sind bisher noch nicht festgestellt.

## Aufräumen in Weimar.

In Weimar ist, ebenso wie in Speyer, einmal ganze Arbeit gemacht, und sind die Verstecke der Reaktionäre in den öffentlichen Gebäuden der Republik gereinigt worden. Nach der Raubzucht zogen Demonstranten in das Stablinere und zerstörten in allen öffentlichen Gebäuden, besonders in den Schulen, die noch vorhandenen Büfen und Bilder von Monarchen.

## Der Aufmarsch der Massen in Baden.

Die Schiffe auf Erzberger haben auch in Baden ein lautes Echo bei der Arbeiterpartei geweckt. In allen großen Orten fanden am Mittwoch Demonstrationen gegen die Reaktion unter einer Massenbeteiligung der Arbeiterpartei statt. Heberall demonstrieren die sozialistischen Parteien zusammen. Soweit die Berichte bis jetzt vorliegen, beteiligten sich in Mannheim 3500 Arbeiter, in Karlsruhe und Freiburg je 800 Arbeiter und in Lörzach, wo die Demonstration am Donnerstag stattfand, 200 Arbeiter und Arbeiterinnen an dem Aufmarsch des Proletariats.

Bei der Stimmung der badischen Arbeiterpartei muß jetzt die Reaktion damit rechnen, daß jede reaktionäre Veranstaltung als Provokation der Arbeiterpartei angesehen und sofortige Gegenangriffe der Arbeiter auslösen wird.

## Das Schließliche Proletariat auf der Wacht.

Breslau, den 3. September 1921.

Die Dena meldet: In dem Garten des Stablinere Friedbergs war von deutschnationalen Vereinigungen ein Nachmittags- und Abendessen mit Kaffee und Tanz veranstaltet worden. Die sozialistischen Parteien erwarteten eine politische Veranstaltung aus Anlaß des Gedankens und demonstrieren dagegen. Bis 6 Uhr abends zogen durch die Kaiser-Wilhelm-Straße hundert Arbeiter nach dem Friedberg. Dort wurden sie von Schutzpolizei aufgehalten und über den Wilhelmplatz weg nach den Seitenstraßen abgedrängt. Es kam dabei zu leichten Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten. Die Arbeiter weigerten sich, auseinanderzugehen und demonstrieren weiter, um die Feier der Reaktionäre zu verhindern. Der Polizeikommandant von Breslau machte einer Abordnung der Demonstranten Zutritt zu der deutschnationalen Feier gestatten, damit sie sich überreden konnten, daß die Versammlung keinen politischen Charakter trug. Um 11 Uhr, nach Schluß der Veranstaltung, zog die Dena ab. Es kam nicht zu Zusammenstößen.

Ein anderer Zug demonstrierte... roten Fahnen auf dem Friedhof... hieß es auch hier nicht getrieben... herr Freitag von Doringgoven es vorzog, seine Ansprache abzusagen.

### Massendemonstration in Remscheid.

Remscheid, 2. September. Am Freitag demonstrierte das Remscheider Proletariat gegen die Weichelmörderpolitik der Reaktion und für die Befreiung der Menschheit durch den rücksichtslos geführten revolutionären Kampf. Wie immer, war auch diesmal die Masse des Remscheider Proletariats dem Aufruf gefolgt. Die gewaltige Kundgebung übte einen großen Eindruck auf das gesamte Bürgertum aus. Es sprachen Redner der sozialdemokratischen, der unabhängigen und der kommunistischen Partei. Für unsere Partei sprach Genosse Lechner das aus, was die Masse fühlt, denkt und fordert. Die Versammlung unterstrich durch stürmischen Beifall die Ausführungen unseres Redners und die Forderungen der kommunistischen Partei, und ließ keinen Zweifel darüber, daß die Reaktion in rücksichtslosem revolutionären Kampf übergerungen werden muß. Die anschließende Straßendemonstration endete damit, daß an mehreren Stellen der Stadt spontan aus der Masse heraus, neue Versammlungen sich bildeten, in denen revolutionäre Ansprachen gehalten wurden.

### Messdemonstration in Schwedt a. O. Oder.

Schwedt a. O., 2. September. Zu einer für Schwedt gewaltigen Kundgebung gegen Reaktion und Konterrevolution gestaltete sich die am Freitag von den drei Arbeiterparteien und den Gewerkschaften veranstaltete Demonstration. Redner der SPD, und der kommunistischen Partei hielten unter freiem Himmel an die versammelten Arbeiter Ansprachen und forderten zur Einheitsfront gegen die immer frecher auftretende Konterrevolution auf. Begeisterte Zustimmung fand der kommunistische Redner, als er den bewaffneten Selbstschutz des Proletariats und die Freilassung der politischen Gefangenen aus den Gefängnissen und Zuchthäusern forderte. Die demonstrierenden Arbeiter gelobten für diese Forderungen sich geschlossen einzusetzen.

### R.F.P.-Arbeiter in der kommunistischen Front.

Dresden, 4. September. Am Sonnabend trat die R.F.P.-Ostschlesens geschlossen zur R.F.P.-Ostschlesens über.

### Die Zersplitterer der Einheitsfront.

Bremen, 3. September. Die R.P.D. stellte an die U.S.P.D. und S.P.D. die Forderung, gemeinsam mit unserer Partei über die letzten Ereignisse ein Flugblatt herauszugeben und ebenso gemeinsam bei der Regierung vorstellig zu werden. Diese Vorschläge sind von den beiden sozialistischen Parteien abgelehnt worden. Die R.P.D. gibt deshalb heute ein eigenes Flugblatt heraus.

### Die Differenzen im Zentrum.

Köln, 2. September. Eine Versammlung der Christlichen Arbeiter in Köln protestierte gegen die reaktionäre Haltung des Zentrums beim Nord-Gräbermarsch. Die Erregung der Arbeiter konnte von den Zentrumsführern kaum beschwichtigt werden. Im Zentrum haben sich die Differenzen zwischen dem reaktionären Flügel und der sogenannten demokratischen Linken immer schärfer herausgebildet. Sowohl der Übergang Dr. Traub zu den Deutschnationalen, als auch die Vorgänge in der Kölner Arbeiterversammlung sind Symptome für die fortschreitende Scheidung der Richtungen in der bisher von inneren Kämpfen fast ganz verdeckten Zentrumspartei.

### Änderung der Postadresse der Zentrale.

Alle Postsendungen an die Zentrale der R.P.D. sind zu richten an die persönliche Adresse: Wilhelm Vied, Berlin C. 54, Rosenthaler Str. 38. Für Geldsendungen ist das Postfach-Konto: Berlin Nr. 102 254, Wilhelm Vied, Berlin-Sieglist, zu benutzen. Telephonisch ist die Zentrale zu erreichen unter: Berlin, Amt Norden 4239, 9682, 9541, 9542.

## Die vier Tage des Jean Gourdon.

1) Von Emile Zola. Und mein Onkel Lazare sagte noch immer nichts, er ging mit kleinen Schritten vor mir her und hatte keinen Blick für die alten Bäume, die er doch so liebte! Er bereitete sich sichtlich auf eine ernste Strafpredigt vor. Er führte mich nur in die große Allee, um mich tüchtig auszupeitschen. Das würde gewiß eine ganze Stunde dauern; das Frühstück würde kalt werden, und ich könnte nicht zurück ins Frühstück, um dort von den feuchten Handwunden zu träumen, die Babet's Fuß auf meinen Fingern zurückgelassen. Wir waren in der großen Allee. Diese breite und kurze Allee lief am Fuß entlang; sie bestand aus riesigen Eichen mit geborstenen Stämmen, die ihre Zweige gewaltig hinausstreckten. Reines Gras bildete einen Teppich unter den Bäumen, die Sonne blühte durchs Laub und ließ goldene Rosetten darauf. Weit in der Runde dehnten sich grüne Wiesen. Mein Onkel ging, ohne sich umzuwenden oder seine Gangart zu verändern, bis ans Ende der Allee. Dort blieb er stehen, und ich stellte mich neben ihn; ich wußte, daß jetzt der gewünschte Augenblick gekommen war. Der Fluß machte hier plötzlich eine Biegung; eine kleine Bruchwehr machte das Ende der Allee zu einer Art Terrasse. Dieses Schattengewölbe ging auf ein Tal voller Licht. Weitenweit vor uns lag das Land. Die Sonne stieg immer höher in den Himmel, darin sah ich die silbernen Morgenstrahlen in goldenes Scheinweiß verwandelt hatten; blendendes Licht floß die Hügel entlang vom Horizont und breitete sich in der Ebene wie Klamm-en aus. Nach einem Augenblick der Stille wandte sich mein Onkel Lazare zu mir. Ich bin lieber Gott, die Predigt! dachte ich. Und ich senkte den Kopf. Mit einer weiten Handbewegung wies mein Onkel ins Tal hinunter und sagte leise und feierlich: Sieh, Jean, der Frühling. Die Erde ist voller Lust, mein Junge, und ich habe dich hierher geführt, um dir am Gesicht dieser lichten Ebene das erste Lächeln des jungen Sommers zu zeigen. Sieh diesen Glanz und diese Süße! Von der Erde steigen feuchte Dünste auf, die wie der Hauch des Lebens über unsere Gesichter gehen. Er verhinne und -sien zu träumen. Ich hatte ganz erstarnt meinen Kopf wieder erhoben und atmete befreit auf. Mein Onkel schalt mich nicht.

## Gewerkschaften

### Die Bewegung für die geschlossene Kampffront über das ganze Reich.

Die Hamburger Hoch-, Straßenbahner und Alsterschiffer nahmen eine Resolution an, in der es heißt: Zur Durchsetzung der aufgestellten Forderungen fordert die Vollversammlung der Hoch-, Straßenbahner und Alsterschiffer Groß-Hamburgs von ihrer Verbandsleitung, daß sie alles in die Wege leitet zur Schaffung einer wirtschaftlichen Einheitsfront, damit der Kampf nicht nur örtlich, sondern auf der ganzen Linie entbrennt. Insbesondere ist darauf zu drängen, daß sämtliche Lohnbewegungen des Verkehrslandes zusammengefaßt werden, damit die in ihm organisierten Massen einheitlich zum Kampf geführt werden, um ein unnützes Verbluten in Einzelkämpfen zu verhindern.

### Die Schwermer Arbeiterchaft.

Das Gewerkschafts-Komitee Schwerin veranstaltete am 2. September eine Protestversammlung gegen Teuerung und Steuererhöhung. Tausende von Arbeitern aller Parteien folgten dem Rufe des Komitees. Nach dem Referat des Redateurs der SPD-Zeitung und nach einer Diskussion, an der sich Redner aller Parteien beteiligten, wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der auf die Gefahren hingewiesen wird, die der Arbeiterklasse drohen, und in der daraufhin die sofortige Herstellung der Einheitsfront von den Verbandsleitungen gefordert wird zur Erlämpfung einer allgemein prozentual gleichmäßigen Erhöhung der Löhne, Gehälter usw. um 100 Prozent, einer Vermögens- und Einkommensteuer, die die unteren Vermögen und Einkommen schont, dagegen alle höheren Einkommen und Vermögen um so schärfer erfaßt usw. Am Schlusse der Resolution heißt es:

Die Versammlung fordert von der Landeskommission der Gewerkschaften die sofortige Einberufung eines Gewerkschafts-Kongresses, auf welchem über die Einleitung und Durchführung des Kampfes um obige Forderungen Beschluß gefaßt und alle weiteren Schritte beraten werden sollen. Die Versammlung ist der Ansicht, daß endlich die Reihen des Proletariats formiert werden müssen; und sollten die Instanzen die Zeichen der Stunde noch immer nicht verstanden haben, so ist die Arbeiterchaft Schwerins gewillt, die kampfbereite Einheitsfront des Proletariats auch gegen die Führer zu bilden.

### Die Arbeiterchaft des Niederrheins.

Neuwied a. Rh., 3. Sept. Eine Versammlung der Freien Gewerkschaften hat einstimmig auf Antrag unserer Genossen den Beschluß gefaßt, durch den Ortsausschuß der Gewerkschaften den U.S.V. zur sofortigen Einleitung einer Lohnbewegung über das ganze Reich für die gesamte Arbeiterchaft aufzufordern. Es heißt in der Resolution, die Versammelten wollen verheßen, daß die Arbeiterchaft in Zeilkämpfen niedergerungen wird.

### Teuerung und Lohnbewegung.

Wenn jemals die Rechts- und Linksblockweisen günstigen Wind für ihre Pläne gehabt haben, so ist es jetzt. Diese verschuldete Wirtschaftskrise wird zu unheilvollen innerpolitischen Konflikten führen. (Bergarbeiterzeitung vom 27. 8. 1921.)

Aus diesen Worten, die in einem Artikel des Bergarbeiterorgans stehen, klingt die Angst vor den unausweichlichen Kämpfen zwischen Kapital und Arbeit. Vom alten Bergarbeiterverband, der sich immer noch freie Gewerkschaft nennt, und dessen Führer auf Kongressen und in allen möglichen Erklärungen noch behaupten, daß sie auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, sollte man annehmen, daß er mit einer gewissen Genugtuung dem kommenden Entscheidungskampf entgegensteht. Und es sind in seinen Reihen auch sicher viele Tausende von ehrlichen Arbeitern, die lieber heute als erst morgen dem kapitalistischen System den Todesstoß versetzen möchten. Doch darum handelt es sich zunächst gar nicht. Zur Debatte steht der Kampf um ein paar Pfennige mehr Lohn, um die notwendige Existenz. Wenn aber eine Arbeiterzeitung in diesem Kampf, der naturgemäß zu schweren Zusammenstößen mit dem Unter-

nehmen führen muß, schon im Vorhinein so von Angst und Furcht erfüllt ist, dann kann sie unmöglich in diesem Ringen den kämpfenden Arbeitern das geistige Nützenglied liefern.

Das dem so ist, geht aus der ganzen Tendenz der Teuerung und Lohnbewegung" übertriebenen Arttells hervor. Wohl schreibt die „B. Z.“, daß die Schaffung der Existenzmöglichkeit eine unumgängliche Notwendigkeit sei, das könne aber augenblicklich nur durch Aufbesserung der Löhne geschehen. Statt aber nun den Weg zu zeigen, wie der Kampf um die Sicherung der Existenz geführt werden soll, hat die „B. Z.“ nichts besseres zu tun, als des Sägen und Breiten nachzuweisen, daß es dem Unternehmertum unmöglich sei, den Arbeitern im Bergbau die verlangte Lohnaufbesserung zu gewähren. Die Zeitung operiert dabei mit Zahlen, die sehr ansehbar sind und sich nur auf die offiziellen Gewinnansätze der Unternehmer stützen. Doch wir wollen darauf nicht näher eingehen. Unser Zweck ist vielmehr der, den Arbeitern zu zeigen, in welcher hirnverbrannter Weise die Redaktion der „B. Z.“ die Geschäfte der Unternehmer befragt. Nachdem sie den Nachweis erbracht zu haben glaubt, daß es vorläufig ohne Massen hunger in Deutschland nicht abgeht, schreibt sie:

Die Kommunisten und andere Radikaltäter können von Glück sprechen, daß die Arbeitermassen ihrer Phrasenagitation nicht folgen, denn würden die Massen dieses tun, und mit ihrer Hilfe über Nacht eine bolschewistische Weltordnung errichtet werden, so würde recht bald die Enttäuschung kommen... und die nützlichen Massen, die aus Unwissenheit den „Heilslehren“ gefolgt sind, würden ihre Verführung an dem nächsten Baum ausknüpfen. Neben dem Hinweis auf die Schäden privatkapitalistischer Wirtschaft und ihrer schärfsten Bekämpfung müssen wir immer wieder betonen, daß nur ein gut organisierter Aufbau einer Gemeinwirtschaft uns helfen kann.

Nun, die Leute um Hue, Husemann usw. sind jetzt halb drei Jahre beim Aufbau der Gemeinwirtschaft" und wir sehen, daß sie sich in dieser Zeit immer weiter von einer sozialistischen Ordnung entfernt haben und daß heute die kapitalistische Profitwirtschaft mehr denn je triumphiert. Wir Kommunisten haben den Arbeitern noch jeder Zeit gesagt, daß der Sturz der kapitalistischen und der Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft mit ungeheuren Entbehrungen für die Arbeiterklasse verbunden sein wird. Aber trotzdem ist dieser Schritt eine geschichtliche Notwendigkeit und es spricht aus den Zeilen der „B. Z.“ nicht nur die Angst vor dem Kampf, sondern auch die Furcht vor einem proletarischen Siege, weil die Bürokraten keinen Glauben an die schöpferische Kraft der Arbeiterklasse haben.

### Streit der Zergilarbeiterinnen in Nowawes.

In Nowawes stehen die großen Zergifabrikanten seit Ende von Arbeiterinnen und Arbeitern im August in einen Kampf um die Erhöhung der Löhne eingetreten. Die Löhne blieben schon lange zurück hinter dem, was zum Auskommen dringend notwendig. Am 1. August ließ der Tarif ab und, um nur im geringsten die rasende Preissteigerung, die vom Brot bis zur Miete alles Lebensnotwendige befallen hat, weitzumachen, verlangte der Zergifabrikantenverband im Auftrag der Arbeiterchaft 50 Prozent Lohnerhöhung. Die Unternehmer lehnten diese Forderung ab. Die Mitglieder der Nowaweser Aktien-Gesellschaft sind zwar um etliche 100 Prozent gestiegen, aber bewegen die Löhne um 50 Prozent erhöhen? Nein! — da genügen 25 Prozent und für die Zeit zwischen Ablauf des alten und Abschluß des neuen Tarifs genügen sogar 15 Prozent Nachzahlung.

Die Arbeiterchaft lehnte dieses Angebot ab und trat, wenn auch zermürbt von langen Jahren des Hungerns und Entbehrens, geschlossen in den Streit. Der Schlichtungsausschuß beschäftigte sich mit dieser Angelegenheit und schloß das Urteil, und zwar... zugunsten des Unternehmerrandpunktes. Die Zergifabrikanten aber sind inzwischen von ihrem Standpunkt zurückgetreten. Jetzt sind sie nur noch für 20 Prozent! Es ist ja auch inzwischen alles billiger geworden! Die Arbeiterinnen und Arbeiter hatten im Streit aus. Sie kämpfen jetzt um die Anerkennung des Schlichtungsspruches durch die Unternehmer, des Schlichtungsspruches, der den Forderungen der Arbeiter nicht gerecht geworden ist! Mehrere große gut besuchte Versammlungen waren Zeugnis dafür, daß die Arbeiterchaft kommende Kämpfe um ihr ganzes Recht auch in Nowawes führen wird, und daß dem fröhlichen Vorgehen der Unternehmer auch dort ein für allemal ein Ende gesetzt wird.

„Ein schöner Morgen.“ fuhr er fort, „ein Morgen der Jugend. Deine achtzehn Jahre leben selig inmitten dieses Grüns, das kaum achtzehn Tage alt ist. Alles ist Glanz und Duft, nicht wahr? Das ganze Tal scheint dir ein Gesilde der Seligen zu sein: der Fluß ist da, um dich zu kühlen, die Bäume geben dir ihren Schatten, das ganze Land überschüttet dich mit Liebe, und selbst der Himmel ist nur da, um Glanz auszusüßten über den Horizont, den deine hoffnungsvolle Sehnsucht befragt. Der Frühling gehört junaen Mädchen, die so alt sind wie du. Er lehrt sie, wie man jungen Mädchen zu trinken gibt.“ Ich senkte wieder den Kopf. Mein Onkel Lazare hatte mich also gefehen. „Ein alter Kerl wie ich,“ fuhr er fort, „weiß nur zu aut, wie es um die Ammut des Frühlinges bestellt ist. Na, mein armer Jean, ich liebe die Durance, weil sie diesen Feldern Wasser gibt und das arme Tal belebt; ich liebe das junge Laub, weil es mir die Früchte des Sommers und des Herbstes verspricht; ich liebe den Himmel, weil er uns Gutes tut, weil seine Wärme die Fruchtbarkeit der Erde vergrößert.“ Ich hätte dir dies alles schon längst einmal sagen wollen; nun sage ich es dir heute zu dieser frühen Morgenstunde. Der Frühling selbst spricht zu dir. Die Erde ist eine große Werkstatt, darin die Arbeit niemals ruht. Betrachte diese Blume zu unseren Füßen: für dich ist sie ein Duft; für mich eine Arbeit; sie erfüllt ihre Aufgabe, indem sie ihr Teil am Leben herbeibringt: ein kleines schwarzes Samenorn, das im nächsten Frühling auch wieder arbeiten wird. Und jetzt frage den weiten Horizont. Diese ganze Luft ist nur ein Gehäusen. Lächelt das Land, so kommt es daher, weil es keine ewige Arbeit wieder aufnimmt. Hörs du, wie es jetzt kräftig tätig und voller Saft atmet? Die Blätter senken die Blumen eilen, das Korn köhnt unablässig empor: alle Pflanzen, alle Gräser wachsen um die Wette; und der Fluß, das lebendige Wasser kommt und hilft bei der gemeinsamen Arbeit, und die junge Sonne, die am Himmel emporsteigt, hat die Aufgabe, die Krühen, die ewigen, aller dieser Arbeiter mit Freude zu durchbringen.“ Mein Onkel wana mich, ihm in diesem Augenblicke ins Gesicht zu sehen. Er schloß: „Jean, du hörst also, was dein Freund, der Frühling, dir erzählt. Er ist die Jugend, aber er bereitet das reife Alter her; sein helles Lächeln ist nur die Heiterkeit der Arbeit. Kräftig wird der Sommer sein, fruchtbar der Herbst, denn der Frühling singt jetzt und tapfer erfüllt er seine Aufgabe.“ Ich war wie vor den Kopf geschlagen. Ich verstand meinen Onkel Lazare. Er hielt mir eine wunderbare Predigt, darin

er mir sagte, ich sei ein Faulpelz und müsse nun endlich anfangen zu arbeiten. Mein Onkel schien ebenso verlegen zu sein, wie ich. Nachdem er noch einige Augenblicke gesögert hatte, fuhr er fort — er stotterte sogar ein wenig dabei — „Jean, es war unrettbar von dir, daß du mir nicht alles gesagt hast... daß du Babet liebst und Babet dich liebt...“ „Babet, mich liebent!“ rief ich. Mein Onkel machte eine befürchtete Handbewegung. „Laß mich nur aussprechen. Ich brauche kein Geständnis mehr... Sie selbst hat mir alles gestanden.“ „Sie hat es dir gestanden! Sie hat es dir gestanden!“ Und ich umarme plötzlich meinen Onkel Lazare. „Oh, wie herrlich!“ rief ich. „Ich hatte noch nie mit ihr gesprochen... Oh, wie danke ich dir!“ Mein Onkel Lazare wurde sehr rot. Er fühlte, daß er ungeschickt gewesen war. Er hatte geglaubt, dies sei nicht meine erste Begegnung mit dem jungen Mädchen gewesen, und da gab er mir, der ich noch nicht zu hoffen wagte, schon die Gewißheit. Nun war das Schweigen an ihm, und jetzt sprach ich geläufig. „Du hast recht, ich muß arbeiten, um mir Babet zu verdienen. Aber du wirst sehen, wie mutig ich sein werde... Ich, wie du bist du, Onkel Lazare, und wie schön du sprechen kannst. Ich höre, was der Frühling sagt; auch ich will einen mächtigen Sommer, einen fruchtbaren Herbst haben. Wie schön ist's hier, man überschaut das ganze Tal, ich fühle die Jugend in mir, die ihre Aufgabe erfüllen will.“ Mein Onkel beruhigte mich. „Gut also, Jean,“ sagte er, „ich hatte lange gehofft, einen Priester aus dir zu machen; nur zu dem Zwecke gab ich dir mein Wissen. Aber was ich heute morgen am Rande des Wassers gesehen habe, zwingt mich, meinem liebsten Traum zu entsagen. Gott bestimmt über uns. Du wirst Gott auf andere Art lieben... Du kannst jetzt nicht in unserem Dorfe bleiben; du sollst erst wieder betreten, wenn die Jahre und die Arbeit gereift haben. Ich habe das Druckerhandwerk für dich gewählt; deine Kenntnisse werden dir dabei nützlich sein. Einer meiner Freunde, ein Druckerbesitzer in Grenoble, erwartet dich nächsten Montag.“ Mich packte eine Unruhe. „Und wenn ich wiederkomme, darf ich Babet heiraten?“ fragte ich. Mein Onkel lächelte kaum merklich. Ohne direkt zu antworten, sagte er: „Alles andere steht bei Gott.“ (Fortsetzung folgt)

